Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 29 · Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis: Mk. 1,— für das Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. | Gotha, 20. Juli 1919 (Telephon: Nr. 174.) | Inserate kosten 75 Pfg. die einspaltige Petitzeile. Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellenvermittlungs-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg. | 33. Jahrg.

Jetzige Auflage des Schuhmacher-Fachblattes 78000!

Zum 10. Gewerkschaftskongreß.

Es wird nun beschlossen, den Vortrag über

Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands

entgegenzunehmen, da er mit dem anderen Punkt in ...menhang steht.

Der Referent A. Cohen-Berlin führt die wichtigsten Be...mungen der Vereinbarungen mit den Arbeitgebern an, ...zum Abschluß der Arbeitsgemeinschaften geführt haben ...begründet folgende Resolution:

„Der zehnte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands ...t, daß die Arbeitsgemeinschaften die konsequente Fort...ng der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften dar...n, die die Anerkennung der Gleichberechtigung der Ar...hmer mit den Unternehmern und die kollektive Rege... des Arbeitsrechtes zum Ziele hat. Die Arbeitsgemein...n dienen diesem Zwecke überall dort, wo die Privat...ft nicht durch eine sozialistische Wirtschaftsweise er...

...nter der Voraussetzung, daß den Arbeitnehmern in ...stitutionen der Arbeitsgemeinschaften, sowie bei allen ...ndlungen und in allen Körperschaften, die dem Auf... und der Förderung unseres Wirtschaftslebens dienen, ... Parität mit den Unternehmern gewährleistet wird ...fiehlt der Kongreß, allen Gewerkschaften die Beteiligung ...r Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften. Adolf Cohen."

Mit der Durchführung der Arbeitsgemeinschaften ver...lichen wir, was wir jahrzehntelang angestrebt und auf ... Frankfurter Gewerkschaftskongreß ausgesprochen ...n. Sie bedeuten einen ganz wesentlichen Fortschritt. ... bringen die Anerkennung vollständiger Gleichberechti... der Arbeiter mit den Arbeitgebern. Wir paktieren ... der Unternehmerschaft heute so wenig, wie zu jener ...als wir zum Abschluß von Tarifverträgen schritten ...d Müller erkennt an, daß die Sozialisierung viele ...Jahre in Anspruch nehmen wird. Was soll dann in ... Jahren geschehen ohne die Arbeitsgemeinschaften?

Der Redner erläutert an Hand einer interessanten ...lichen Darstellung den organischen Aufbau der Ar...gemeinschaften mit ihren verschiedenen Abteilungen und ...Reichswirtschaftsrat an der Spitze. Das Tätigkeits... der Gewerkschaften wird dadurch nicht eingeschränkt, ...n festgelegt. Sie sind in der Lage, entscheidend auf ...Wirtschaftsleben einwirken zu können. Wir sind dann ...rechtigt bei allen wirtschaftlichen Fragen. Das ist ... anderes, als es bisher war. Wenn wir in diesen ...gen Fragen mitreden wollen, ist es aber notwendig, ... wir genügend sachverständig sind. (Sehr richtig!) Wir ...n nicht allein ohne die Unternehmer die Wirtschafts...me lösen, das würde genau dahin führen, wie es in ...and ist. (Zustimmung.) Wenn wir uns genügend ...nde angeeignet haben, dann können wir weiter .... Frei von aller Phrase, sagt mir (zu der Linken) ... nehmen wir die Kräfte, um durch das Beiseite...n der Unternehmer das Wirtschaftsleben allein durch...ren? Wir haben diese Kräfte heute noch nicht. Da ... es, sich auf den Hosenboden setzen und lernen. (Sehr ...!), da helfen uns keine Phrasen. (Lebhafte Zu...mung.

Bei objektiver Betrachtung der Sachlage müssen wir ..., eine größere Verlegenheit könnte uns nicht passieren, wenn die anderen heute sagen würden, da habt ihr ... Ganze, macht ihrs! (Widerspruch bei der Opposition!) ...n ihr behauptet, daß ihr das Wirtschaftsleben sofort ... durchführen könnt, dann zeigt ihr, daß ihr hierfür ...llerungeeignetsten seid. (Lebhaftes Sehr richtig! bei ... Mehrheit). Das Rätesystem, das ihr wollt, ist zur ...sung dieser Aufgaben nicht möglich. Zudem kann ...deutsche Arbeiterschaft nur greifen, wenn sie ein Karten... aufrichten will. Wir brauchen aber einen realen, ... Aufbau für unser Wirtschaftsleben. Das Räte... ist kein Prinzip, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit. Die Gewerkschaften sind das sichere Mittel das zum Ziele führt. (Lebhafte Zustimmung.)

Das Korreferat

hierzu erhält ebenfalls Richard Müller-Berlin:

Cohen hat klar und deutlich bestätigt, daß es sich um das Wirtschaftsprogramm handelt, das die Regierung zu verwirklichen anstrebt. Dann vermisse ich aber eins: Wenn man sich auf den Boden des Wirtschaftsprogramms stellt, hätte man von vornherein das ganze Programm zur Diskussion stellen müssen und dann auch das Gesetz über den Wirtschaftsfrieden, womit das Streikrecht der Arbeiter aufgehoben werden soll. Cohen hat die Arbeitsgemeinschaften zu rechtfertigen versucht, er hat sie als einen ungeheuren Fortschritt gegen das Verhältnis vor der Revolution bezeichnet. Ja, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Sozialisierung noch in weiter Ferne liegt, dann mag man dies für einen großen Fortschritt halten. Cohen hat aber nicht aus der Welt schaffen können, daß die Unternehmer mit den Arbeitsgemeinschaften die Sozialisierung aufhalten wollen. In die Arbeitsgemeinschaften kommen auch christliche und andere Arbeitnehmer-Vertreter, die, wie ich schon angab, sich dem Unternehmerstandpunkt immer mehr annähern. Wenn nur ein einziger in solcher Institution sitzt, dann haben die Unternehmer die Mehrheit und unser Einfluß ist damit geschwunden.

Nun sagte Genosse Cohen, wir brauchen die leitenden Kräfte der Unternehmer, damit bei uns es nicht so kommt, wie in Rußland. Genosse Cohen hat dabei vergessen, daß die Russen nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Intellektuellen davongejagt haben, und das war das Verhängnis. Die Berliner Arbeiter, die zuerst auch diesen Fehler machen wollten, stehen heute restlos auf dem Standpunkt, daß wir die Intellektuellen brauchen.

Wenn man sagt, die Arbeitsgemeinschaften seien nur das, was man schon auf dem Gewerkschaftskongreß in Frankfurt im Jahre 1891 forderte, dann muß doch daran erinnert werden, daß wir inzwischen eine Revolution gehabt haben. Die Erhaltung der Produktion darf nicht gestört werden, davon sind wir alle überzeugt. Unsere Vorschläge sind auch darauf aufgebaut. Genosse Cohen sagte, ein größeres Unglück könnte der Arbeiterschaft nicht erwachsen, als wenn die Unternehmer eines Tages erklärten, da habt ihr es, macht es besser. Ja, ich bin überzeugt, dieser Tag kommt einmal. Und während Sie hier drinnen sitzen, rückt dieser Tag immer näher. Man soll doch nicht alles oberflächlich betrachten. Es gibt ja bei ihnen auch Leute, die tiefer sehen. Wissell hat es ja selbst ausgesprochen, daß sich Anzeichen bemerkbar machen, daß das Vertrauen des Volkes zur Regierung immer mehr schwindet. Ja, das ist richtig. Das Vertrauen der Massen zu der von bürgerlichen Elementen beeinflußten Regierung schwindet immer mehr. Man macht uns verantwortlich für die wilden Streiks, die überall ausbrechen. Brunner hat sogar meinen Parteifreund Haase dafür verantwortlich gemacht, daß er zu diesen Streiks geraten habe. Ich stelle hier vor diesem Kongreß fest: Ich habe in der vorigen Woche in der Volksversammlung erklärt, daß wir die Streiks als politische Streiks nicht verwerfen, aber der Zeitpunkt ist noch nicht gekommen, er darf nicht künstlich gemacht werden, sondern er muß erst ausreifen und dann von selbst kommen. Das deutsche Volk wird einsehen, daß die Regierung nicht in der Lage ist, das deutsche Volk aus diesem Elend herauszuführen. (Zuruf: Und was sagt Däumig?) Was Däumig sagt? Nun, der Bericht im „Vorwärts“, auf den Sie sich berufen, ist vollständig entstellt.

Wir wollen dem deutschen Volke den Weg zeigen, den es zu beschreiten hat. Der Weg, den die Generalkommission vorschlägt, wird nicht dazu führen, um die Wirtschaft wieder aufzubauen. Die Nationalversammlung wird ja ebenfalls dieses Programm Wissels nicht akzeptieren, trotzdem der Raub des Streikrechts darin enthalten ist.

Wir sind soweit damit einverstanden, was uns für den Aufbau der Arbeitsgemeinschaften hier vorgeführt worden ist. Aber wir müssen verlangen, daß jeder kapitalistische Einfluß ausgeschaltet werden muß. Nicht die Intellektuellen wollen wir ausschalten. Ein tüchtiger Intellektueller wird wohl lieber für die Allgemeinheit arbeiten, als für einen Unternehmer. Von jener Seite erwarte ich keine Sabotage. Redner führt nunmehr seinerseits Vorschläge zu einem Aufbau des Rätesystems vor, worin auch die intellektuellen Kräfte einbegriffen sind. Der sonstige Aufbau der Wirtschaftsorganisationen ist der von Cohen vorgesehenen Arbeitsgemeinschaft ähnlich, jedoch soll der privatkapitalistische Unternehmereinfluß ausgeschaltet werden. Große und kleine Betriebe sollen ihren Betriebsrat bekommen. (Zuruf: Und wo bleiben die Gewerkschaften?) Auch die Konsumenten müssen durch eine Organisation vertreten sein, und dafür mache ich auch die entsprechenden Vorschläge.

Die Unternehmer werden niemals zur Aufrichtung einer sozialistischen Gesellschaft beitragen wollen. Denken wir uns doch nicht über die bestehenden Verhältnisse hinweg. Wir sind wirtschaftlich ruiniert. Können wir uns da denselben Luxus eines Unternehmertums noch gestatten? Ohne Profit arbeitet kein Privatunternehmer. Der Kongreß wird ja unsere Richtlinien nicht annehmen; aber wir werden unbeschadet des Beschlusses des Kongresses im Leben draußen unsere Idee weiter protegieren, und wir werden dann sehen, welche Ideen in Zukunft verwirklicht werden. Lebhafter Beifall.)

Bei der folgenden Abstimmung werden die Richtlinien der Vorständekonferenz mit Mehrheit angenommen. Auf Antrag von Dißmann-Frankfurt a. M. findet dann über die Richtlinien für die Wirksamkeit der Betriebsräte und über die Entschließung zur Arbeitsgemeinschaft eine namentliche Abstimmung statt.

Der Gewerkschaftskongreß entschied sich mit 407 gegen 192 Stimmen für die Auffassung der Vorständekonferenz. Die Entschließung zur Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern wird mit 420 gegen 181 Stimmen angenommen.

Ueber die Sozialisierung waren drei Referate vorgesehen. Das Hauptreferat hielt Umbreit, Redakteur des Korrespondenzblatt, als Korreferent war Hilferding, Redakteur der Freiheit und der Kommunist Herkert vorgesehen. Da der Letztere vorzeitig abgereist war, blieb es bei den zwei Referaten. Es waren zwei gediegene Referate, doch war das grundsätzliche und geistige Uebergewicht auf Seite Hilferdings. Ein Teil der Arbeiterpresse berichtet mit Behagen, daß auch Hilferding anerkennt, daß die Sozialisierung nicht im Handumdrehen möglich und daß sie keine Messer- und Gabelidee sei. Um zur Sozialisierung zu gelangen, müßten die Arbeiter Opfer bringen und solidarisch zusammenstehen.

Das ist etwas ganz Selbstverständliches und nur ein Ignorant kann erwarten, daß ohne diese Opfer die Sozialisierung durchgeführt werden kann.

Der Gewerkschaftskongreß nahm dann die folgenden zwei Entschließungen an:

„Der Reichswehrminister hat am 26. Juni angesichts des drohenden Eisenbahnerstreiks eine Verordnung erlassen, die einem Teile der Eisenbahner bis auf weiteres das Streikrecht entzieht.

Der zehnte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erkennt an, daß ein Streik der deutschen Eisenbahner gegenwärtig unserm daniederliegenden Wirtschaftsleben unermeßlichen Schaden zufügen und die Leiden der Arbeiterklasse durch Herbeiführung der allgemeinen Zerrüttung verschärfen müßte. Der Kongreß lehnt ebenso wie die zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Eisenbahner jede Gemeinschaft mit den bereits ausgebrochenen, von unverantwortlichen Kreisen hervorgerufenen wilden Streiks ab.

Gleichwohl erhebt der Gewerkschaftskongreß Einspruch gegen jede, auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechts der Eisenbahner, das allen Arbeitern und Angestellten Deutschlands als Errungenschaft der Revolution zusteht. Die vorliegende Verordnung ist zudem unzweckmäßig, weil Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer zu verhüten sind.

An die Eisenbahner und auch an die gesamte Arbeiterschaft richtet der Gewerkschaftskongreß den dringenden Appell, ihre Interessen nur im Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und in Anbetracht der trostlosen Lage Deutschlands und seiner Arbeiterklasse wilde Streiks zu unterlassen.“

„Der zehnte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands protestiert gegen die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes im Industriegebiet. Nachdem seit Wochen jeder größere Streik aufgehört hat, nachdem vollständige Ruhe herrscht, ist auch jeder Scheingrund gefallen, den Ausnahmezustand im Industriebezirk aufrecht zu erhalten. Hunderte von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern schmachten auf Grund dieses Ausnahmerechts hinter Kerkermauern.

Der zehnte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands fordert deshalb sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und Haftentlassung der wegen Streikvergehen verurteilten oder in Schutzhaft genommenen Gewerkschaftsmitglieder und spricht die Erwartung aus, daß in Zukunft derartige Gewaltmaßregeln unterbleiben."

Ein weiterer Beschluß geht dahin, daß fortan die Organisationen der Gewerkschaften in einem Bund vereinigt werden, der den Namen: Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund führt. An Stelle der Generalkommission tritt der Bundesvorstand und statt der Vorständekonferenz führt diese den Namen Bundesausschuß.

Es ist eine gewaltige Organisation die sich die Arbeiter geschaffen. Aber je größer die Organisation um so dringlicher ist die Aufgabe jedes einzelnen Mitgliedes, daß in dieser Riesenorganisation von 5 000 000 die Demokratie bis in alle Winkel gewahrt wird, sonst besteht die Gefahr der Versumpfung. Vor allem gilt zunächst eine Aenderung des Wahlmodus zum Gewerkschaftskongreß. Zwar hat der Kongreß einen Antrag, die Delegierten durch Urwahlen der Mitglieder vorzunehmen, abgelehnt. Doch damit dürfte diese Frage noch nicht erledigt sein, die Einzelverbände haben darüber noch ein Wort mitzusprechen. Wenn den Wünschen und Willen der Mitglieder Rechnung getragen wird, wird die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften am besten gewahrt. Zu diesem Gelingen sollte jeder sein bestes tun.

Das „politische Augenmaß" der Arbeiterschaft.

Vom Reichsernährungsministerium erhalten wir zur Verbilligung der ausländischen Lebensmittel eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

„Deutschland macht augenblicklich seine allerschlimmste Krisis durch. Verliert die deutsche Arbeiterschaft das politische Augenmaß, ist sie nicht imstande, den inneren Zusammenhang der politischen Katastrophenzeichen zu erfassen, erinnert sie sich nicht an die große Leitidee von Marx, daß wir Menschen, mögen wir uns für noch so wichtig und weise halten, doch mit Händen und Füßen gebunden sind an das Gesetz von Ursache und Wirkung, so kommt sie in dieselbe Gefahr, in die Frankreich bei seiner Revolution von 1793 geriet. Damals hat das französische Volk in entscheidenden Momenten nach blinden Instinkten, nach jahzornigen Aufwallungen gehandelt und dadurch sein Werk der Freiheit zum Stocken gebracht und sein Schicksal in die Hände des Generals Napoleon gespielt. Wir haben gar keine Veranlassung, diesen Vergleich abzulehnen. Im Gegenteil, wenn jemals ein Volk aus der Geschichte der Vergangenheit zu lernen hatte, so heute das revolutionäre Deutschland aus der großen französischen Revolution. — — —"

Weiter heißt es in dem Schreiben noch, die deutsche Arbeiterschaft müsse endlich wieder von ihrem politischen Augenmaß zur Einsicht der Tatsache gebracht werden, daß die Minister Fleisch von ihrem Fleisch, oder ihre eigenen Repräsentanten seien. Sie dürfe sich deshalb nicht lediglich auf eine Kritik ihrer Handlungen beschränken, sondern müsse mitraten und mittaten! Sie habe sich mit Recht gegen das Geführtwerden von „Anderen" aufgelehnt, solle nunmehr aber auch selbst zu „aktivem Handeln" schreiten! Usw.! —

Man sieht, der amtliche Beeinflussungsapparat arbeitet noch ebenso gut in Beschönigung aller Regierungsmaßnahmen wie während des Krieges, wo Schwarz in Weiß umgelegen wurde! Zweifellos wird die Gewerkschafts- und politische Arbeiterpresse, soweit sie im Fahrwasser der Politik der Generalkommission schwimmt, mit Vergnügen den zitierten Artikel als eigene Arbeit kommentarlos abdrucken! Um so mehr ist es unsere Pflicht, der Kuh die Schelle umzuhängen und diese Verzerrung als das zu kritisieren, was sie in Wirklichkeit ist, nämlich eine große Beleidigung der Arbeiterschaft! Wird ihr doch darin mehr oder weniger unverblümt die Schuld an den zerfallenen wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands zugeschoben, die eine Folge des Krieges nicht nur, sondern ebenso sehr der unsinnigen Politik der unentschlossenen Regierungsleuchten ist! Es ist ein starkes Stück des gewichtigen Ernährungsministers Schmidt, ausgerechnet Karl Marx zu seiner Verteidigung anzurufen! Freilich kommt die Unruhe in der Arbeiterschaft nicht von ungefähr. Sie ist lediglich eine Folge der unseligen Ausschaltung jeden proletarischen Einflusses auf den Gang der Politik des Reiches, seitdem die Abhängigen mit den bürgerlichen Parteien das Heft in Händen haben. Die Arbeiterschaft ist wahrlich nicht so unvernünftig, als sie der Herr Schmidt darzustellen beliebt! Aber seine Politik und die seiner Ministerkollegen hat sie erst in die Lage versetzt, aus der sie um jeden Preis im Selbsterhaltungstriebe herauskommen muß! Wobei sie dann oft in der Verzweiflung zu ungeeigneten Mitteln, wie lokalen Streiks usw, greift. Nicht die Arbeiterschaft hat den Zustand herbeigeführt, in dem wir jetzt leben, in dem jeden Augenblick ein neuer Bonaparte die Gewalt an sich reißen kann wie weiland nach der großen französischen Revolution. Systematisch ist die Arbeiterschaft aller orten entwaffnet worden. In unseliger Verblendung hat man alle Gewalt wieder in die Hände derselben Leute gelegt, die Deutschland ins Verderben hineingeritten haben; man machte die Generäle und Schwadronleutnants, die Vertreter des alten Kapitalismus in Deutschland, erneut zu seinen Gebietern. Herr Noske ist ihr Gesellte worden, er, der sie meistern sollte! Mit allen Mitteln der wilhelminischen Gewaltpolitik wird gegen die Arbeiterschaft vorgegangen. Ihre Vorkämpfer werden meuchlings ermordet oder ins Zuchthaus gesteckt, ihre Presse geknebelt, ihre Zwingherren, die Kapitalisten, mit allen Mitteln der „republikanischen" Staatsgewalt unterstützt! Und da wagt ein Robert Schmidt, das „politische Augenmaß" der Arbeiterschaft in Zweifel zu stellen. Ein tolleres Stück ist nicht leicht in der letzten Zeit den deutschen Arbeitern geboten worden! —

Was nun die Verbilligung der Lebensmittel durch Reichszuschüsse anlangt, so kommt sie erstens sehr spät und ist zweitens eine halbe Maßnahme! Zu spät deshalb, weil durch die verfehlte Finanzpolitik der deutschen Republik der Kurs der Mark im Ausland zu tief herabgedrückt worden ist — auf die Kaufkraft von etwa 30 Pfennig vor dem Kriege —, daß ganz abgesehen von der allgemeinen Weltpreissteigerung, die ausländischen Lebensmittel sich für Deutschland um zirka dreimal so teuer stellen als notwendig! Das Reich ist deshalb gar nicht mehr in der Lage, durch finanzielle Zuschüsse eine wesentliche Erleichterung in der Preisgestaltung zu schaffen. Dann aber muß die Arbeiterschaft in Gestalt erhöhter Steuern die scheinbare Verbilligung der Lebensmittel, die der Reichszuschuß bewirkt, selbst wieder bezahlen! Und zwar deshalb, weil auch jetzt noch nicht durch eine radikale Beschlagnahme der Kriegsgewinne und Riesenvermögen, durch eine direkte Einkommenweiteuerung nach dem Prinzip der Staffelung unter Schonung der kleinen Einkommen, die Reichskassen gefüllt werden sollen, sondern durch eine Anzahl neuer indirekter Konsum- und Umsatzsteuern! Daß diese immer wieder auf die breite Masse abgewälzt werden, ist seit jeher ein Postulat sozialistischer Steuertheorie gewesen.

Vor allem aber: solange nicht ernsthaft zur Sozialisierung des deutschen Produktionskörpers in Bahnen des Möglichen geschritten wird, ist nicht daran zu denken, daß eine wesentliche und dauernde Verbesserung in der Lage des deutschen Proletariats erzielt werden könnte! Deshalb kann es nicht zur Ruhe kommen und will es auch nicht ruhig bleiben: weil es eben genug von der privatkapitalistischen Sklavenfron hat! Gerade aber Herr Schmidt ist der schärfste Gegner auch nur schüchternster Versuche zur gemeinwirtschaftlichen Produktion gewesen, wie das ganz deutlich noch seine Polemik gegen die Wissellsche Planwirtschaft auf dem rechtssozialistischen Parteitag gezeigt hat! Und dieser Mann, ausgerechnet Herr Robert Schmidt, verlangt von der Arbeiterschaft unbedingtes Vertrauen in seine Arbeit? Es ist zum Lachen!

Nein, eine Gesundung des deutschen Wirtschaftslebens und damit eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft kann nur durch eine wahrhaft sozialistische Orientierung der gesamten deutschen Politik erfolgen! Das wissen die Arbeiter! Deshalb protestieren sie gegen den Unfug der Politik des momentanen Löcherstopfens mit untauglichen Mitteln, wie sie von der jetzigen Regierung vorgenommen wird ohne Rücksicht auf die Folgen! Und deshalb pfeifen sie auf die Kassandrarufe des Herrn Schmidt e tutti quanti! Sie verlangen den Sozialismus! Für ihn kämpfen sie und werden nicht rasten, bis er ihnen geworden. D.

Kriegssteuerung in neutralen Ländern.

Die Preise von Nahrung, Kleidung usw. sind während des Krieges überall enorm gestiegen, so, daß trotz aller Lohnerhöhungen die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft nun weit schlechter ist als bei Kriegsausbruch. Wegen des zum großen Teil fortgefallenen ausgleichenden Einflusses des auswärtigen Handels waren die Preissteigerungen in den einzelnen Ländern sehr ungleich. Am stärksten fühlbar machten sich infolge der Abschließungspolitik der Alliierten in Deutschland und den mit Deutschland verbündet gewesenen Ländern. Aber auch in Großbritannien herrscht eine arge Teuerung, trotz der reichen Hilfsquellen, die dieses Land in seinen überreichen Kolonien hat, denn die Zufuhren waren infolge der Frachtraumnot sehr erschwert und die eigene Nahrungsmittelproduktion Großbritaniens reicht für seine Bedürfnisse lange nicht aus. Das erklärt es auch, daß das vorwiegend landwirtschaftliche Frankreich weniger unter Preissteigerungen zu leiden hat.

Aber selbst in den neutral gebliebenen Ländern herrscht eine gewaltige Teuerung. In der größten Stadt der Niederlande, in Amsterdam kostete die gleiche Menge der 27 wichtigsten Nahrungsmittel, die man 1913 für 100 niederländische Gulden bekam, zu Anfang des Jahres 1918 179,60 Gulden und Ende 1918 203,10 Gulden. Die Steigerung der Preise einiger der notwendigsten Nahrungsmittel, die in der Kriegszeit stattfand, zeigen die folgenden Zahlen an:

	1913	Ende 1918	Steigerung
	Preise in Cents		
Schwarzbrot, 1 Pfund	6¾	6¼	— Proz.
Weizenbrot, 1 Pfund	7½	18	140 „
Weizenmehl, 1 Pfund	12½	19	52 „
Grütze, 1 Pfund	10	13	30 „
Makaroni, 1 Pfund	30	67½	125 „
Milch, 1 Liter	11	20	82 „
Frischer Goudakäse, 1 Pfund	44½	78	75 „
Rindfleisch, mindeste Qualität, 1 Pfd.	40	100	150 „
Rindfleisch, beste Qualität, 1 Pfund	70	160	130 „
Rindsfett, 1 Pfund	50	140	180 „
Rahmbutter, 1 Pfund	79	220	178 „
Margarine, 1 Pfund	41	50	22 „
Kristallzucker, 1 Pfund	26	30	15 „
Kaffee, 1 Pfund	67½	140	107 „

Dabei ist noch auf die Steigerung des Kartoffelpreises auf 3 Mk. Ende 1918 und fast 5 Mk. Ende [illegible] Bedacht zu nehmen. Auch muß bemerkt werden, daß Niederlande vor dem Krieg fast alle oben genannten Nahrungsmittel in Ueberfluß besahen und [illegible] während im letzten Kriegsjahre die Nachfrage das [illegible] weit überschritt. Und doch war die Landwirtschaft [illegible] minder produktiv als früher!

In Norwegen, das zwar auf umfangreiche [illegible] fuhr angewiesen ist, diese aber in Friedenszeiten dank [illegible] großen Handelsflotte ohne Schwierigkeit bewerkstelligen konnte, so daß die Lebenshaltung billig war, stiegen Großhandelspreise der Nahrungsmittel, Textilwaren, Brennstoffe und anderer Waren von 1908 bis 1914 im ganzen um 19,2 %, bis 1914 um 27,3 %, bis 1915 um [illegible] bis 31. Dezember 1916 um 123,1 % und bis Ende 1917 um 167,7 %. Angaben für 1918 sind noch nicht erhältlich.

In der Hauptstadt Kristiania stellten sich die Lebensmittelpreise der wichtigsten Nahrungsmittel wie [illegible]

	1908	1914
	Preis für 1 Pfd.	
Ochsenfleisch: Braten	54	63½
„ Suppenfleisch	45½	54½
Hammelfleisch, Vorderteil	53	65
„ Hinterteil	58½	70
Kalbfleisch, Braten	63½	69
Schweinefleisch, frisch	56	73½
„ amerik., gesalzen	56	80½
Kabeljau, frisch	—	26½
Makrelen, gesalzen	35½	—
Butter, 1. Qualität	110	122½
„ 2. Qualität	102½	116½
Margarine, gewöhnliche Qualität	64	72
Schweizerkäse, Nachahmung	72½	101½
Weizenmehl, amerikanisches	15½	17
Roggenmehl, norwegisches	11	12½
Kartoffelmehl	20½	24
Roggenbrot	12	14
Bohnen, braune, holländische	—	22
Kartoffel, norwegische	12	13
Kaffee, javanischer	122	145
„ brasilianischer	79	110
Zucker, Würfel	23	30½
Chokolade, norwegische, 3. Sorte	—	85½
Milch, 1 Liter	17	18½
„ entrahmt, 1 Liter	7	6
Eier, frisch, 20 Stück	175	211

Der Preis eines Meterzentners Kohle stieg von 2,35 Kronen 1908 auf 2,77 Kronen 1914 und 17,17 [illegible] 1917. Der Friedenskurs der Krone von 1,12 Mk. gegenwärtig beträgt deren Kurs etwa 3,20 Mk. Die [illegible] Preise sind aus den Monatsmitteln berechnete Jahresmittel.

Von 1908 bis 1917 betrug die Preissteigerung: Rindfleisch zum Braten 159 %, Suppenfleisch 166 %, [illegible] Hammelfleisch 205 %, hinteres Hammelfleisch 196 %, [illegible] Schweinefleisch 253 %, Butter erster Qualität 113 %, [illegible] garine 88 %, Weizenmehl 155 %, Roggenmehl [illegible] Roggenbrot 178 %, brasilianischer Kaffee 96 %, [illegible] zucker 97 %, Vollmilch 77 %, Magermilch 87 %, Eier 181 %, Kohle 631 %. Seit 1917 sind aber die [illegible] weiter gestiegen und man darf annehmen, daß diese [illegible] liche Steigerung sehr ausgiebig war, da die norwegische Schiffahrt unter dem Unterseebootkrieg ganz besonders zu leiden hatte.

Die Kosten der Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie berechnete das städtische statistische Amt in Kristiania für das Jahr 1908 mit 1365 Kronen, für 1914 mit 1603 Kronen, für 1915 mit 1851 Kronen, für 1916 mit 2330 Kronen und für 1917 mit 3210 Kronen. Die Steigerung macht von 1908 bis 1914 17,8 % aus, von 1908 bis 1917 aber 135,1 %. Die Ausgaben für Nahrungsmittel stiegen von 1908 bis 1917 um 136,3 %, jene für Kleidung und Beleuchtung um 337,7 %, für Bekleidung um [illegible] für Wohnung um 54,5 %, für Beiträge an Organisationen usw. um 66,8 % und die sonstigen Ausgaben nahmen um 135,1 % zu.

Die Massen des Volkes haben auch in den neutralen Ländern durch den Krieg wirtschaftliche Nachteile erlitten, die Vorteile waren auf Seiten der Bauern, Fabrikanten und Händler, die Nahrungsmittel und Kriegsmaterial an die kriegführenden Länder lieferten und sich dabei bereicherten.

1. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes.

Nürnberg, den 6. Juli [illegible]

Die Sitzung wurde von Legien eröffnet und zum [illegible] Revisoren die Genossen Blum, Haß und Urban gewählt. Sodann wurde eingehend die Regelung der Gewerkschaftsverhältnisse in den besetzten östlichen Gebieten beraten.

Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde beschlossen, daß Angestellte des Gewerkschaftsvorstandes künftig politische Mandate nur mit Zustimmung des Bundesausschusses annehmen dürfen.

Für die Regelung der Gehälter der Angestellten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde eine Kommission eingesetzt, die zugleich die Fragen der Besoldung und der Vereinigung der bestehenden Unterstützungskassen prüfen und Vorschläge machen soll.

Weiterhin wurde die Einsetzung einer Kommission

...t, um eine Neuordnung für die gesetzliche Regelung der ...beitszeit zu prüfen und geeignete Vorschläge dafür zu ...chen, die dem Reichsarbeitsministerium zu unterbreiten ...

Ueber den Erlaß eines Auswanderungsgesetzes machte ...son einige Mitteilungen, die die Berücksichtigung gewerkschaftlicher Forderungen und die Bekämpfung gemeinschädlicher Unternehmungen auf diesem Gebiete betrafen. Es [soll] ein Reichswanderungsamt eingesetzt und die gewerbsmäßige Stellenvermittlung für das Ausland soll verboten, andere Stellenvermittlung und Auskunftserteilung behördlich konzessioniert werden. Es wurde in der Aussprache ...über gewünscht, die Ein- und Auswanderungsfragen auf [der] bevorstehenden internationalen Gewerkschaftskonferenz [in] Amsterdam zur Erörterung zu bringen. Die deutschen Gewerkschaften sollen auf diese wichtigen Dinge aufmerksam gemacht und zur Uebernahme der Auskunftserteilung angeregt werden. Auch soll für eine stärkere Vertretung der Gewerkschaften gesorgt werden.

Es wurde angeregt, die Referate des Gewerkschaftskongresses über die Sozialisierungsfrage im Sonderdruck herauszugeben. Das Bedürfnis hierfür soll durch Rückfrage bei [den] Verbandsvorständen festgestellt werden.

Aus unserem Beruf.

Im neuen Gewand erscheint unser Bruderorgan, die schweizerische Lederarbeiter-Zeitung. Nicht nur im neuen Gewand, sondern auch in doppelter Größe. Wie in Deutschland, so nimmt auch der Lederarbeiter-Verband, in dem die Schuhmacher in der Schweiz organisiert sind, einen großen Aufschwung. Fast jede Nummer berichtet vom Anschluß der Zahlstellen unserer Kollegen an den Verband. Dieser Aufschwung, der ein allgemeiner ist, hat seine Ursache nicht [allein] in den Folgen des Krieges, von denen auch die Schweiz betroffen wurde, besonders die enorme Verteuerung [der] Nahrungsmittel, sondern auch in der geschickten Leitung [und] Führung des Verbandes. Mit zäher Ausdauer hat [die] Redaktion des Blattes (Kollege Zinner) seit vielen Jahren die Interessen der Kollegenschaft in mustergültiger Weise vertreten. Kein Mißerfolg konnte ihm an seinem [Wer]ke irre machen. Wir begrüßen heute in dem stattlichen Organ unseren Bundesgenossen und mit ihm seinen Leiter Zinner und wünschen weitere Erfolge.

Die Pirmasenser Schuhindustrie. Nach einer auf amtlichen Ermittlungen beruhenden Uebersicht waren an Schuhfabriken vorhanden: Am 1. August 1914 insgesamt ... Betriebe mit 6535 männlichen und 3392 weiblichen Arbeitskräften, am 1. Januar 1915 149 Betriebe mit 4851 männlichen und 2840 weiblichen Arbeitskräften, am 1. Juli [illegible] Betriebe mit 4770 männlichen und 5164 weiblichen Arbeitskräften, am 31. Dezember 1916 412 Betriebe [mit] 5129 männlichen und 6292 weiblichen Personen, am [1.] Juli 1917 182 Betriebe mit 2743 männlichen und 3871 weiblichen Personen; am 31. Dezember 1917 betrug die Zahl der Betriebe im Stadtbezirk 98 (2794 männliche und ... weibliche Personen), im Landbezirk II (mit 237 männlichen und 289 weiblichen Arbeitskräften).

Bekanntmachung über die Herstellung von Maßschuhwerk (von der Reichsstelle vom 28. 2. 1918). Die Schuhmacher können verpflichtet werden, über die Aufträge [auf] Maßschuhwerk ein Auftragsbuch zu führen mit Tag, Monat des Auftrags, Name und Wohnort des Auftraggebers, Art des Schuhwerk, Nummer des Schuhbezugsscheines und Angabe der Ausfertigungsstelle, des Obermaterials (Boden-Oberleder, Schäfte), Bezeichnung der Behörde, welche die Bescheinigung ausgestellt hat und Datum, Tag der Ablieferung des Schuhwerks, Verkaufspreis. — Die Kommunalverbände sind berechtigt, über die Abgabe von Leder besondere Bestimmungen zu erlassen.

Ueberwachung der Schuhmachereibetriebe. Da die Rohstoffe nicht ausreichen, so müssen Einschränkungen in [den] Betrieben ertragen werden, letztere werden zur Genüge gefordert, besonders in den Betrieben, die im Schleichhandel das Leder an sich reißen, wodurch unerschwingliche Preise für das Publikum entstehen, sodaß man in Berlin für das Paar 250—300 Mk. fordert. Es muß daher seitens der Behörden dahin gezielt werden, daß Maßanfertigungen nur von solchen Schuhmachern erfolgen dürfen, die bereits 1913 ihr Handwerk ausführten und Oberleder bezogen, daß 2. Höchstpreise bestehen und nur gegen Schuhbedarfsscheine Schuhwaren handwerksmäßig hergestellt werden dürfen mit behördlich zugeteilter Ledermenge.

Schleichhandel mit Leder und Schuhwerk. Für die Kleinhändler, die ab 1. März 1919 von einem Großhändler beliefert werden, soll der Hauptverteilungsausschuß den Kommunalverbänden die Möglichkeit geben, an Hand dieser Angaben die Richtigkeit der aufgegebenen Warenmenge prüfen zu können. Jeder Schuhhändler muß einen Ausweis über die Höhe seines Bezugsrechts besitzen, wer ihn nicht hat, ist zum Schuhwarenhandel nicht berechtigt. Die Sonderquoten gelangen vom Hauptverteilungsausschuß zur Verteilung, Mitteilungen erhalten die Kommunalverbände voraussichtlich erst 4—6 Wochen nach der Lieferung.

An die Schuh-Handels-Gesellschaften. I. Bekämpfung des Schleichhandels durch nicht zugelassene Händler.

1. Zur Kontrolle derjenigen Händler, die sich nicht im Besitz einer Schuhkarte befinden, ist es erforderlich, Vertrauensleute der Schuhhandelsgesellschaften anzuweisen, nicht zugelassene Händler, welche mit neuem bedarfsscheinpflichtigem Schuhwerk Handel treiben, mit Hilfe eines Polizeibeamten einer Geschäftsprüfung zu unterziehen, die Schuhbezugsadresse zu ermitteln und das Lager polizeilich sicherzustellen.

2. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Schuhwaren erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, der Hauptverteilungsausschuß ist zuständig.

3. Ueber die beschlagnahmten Waren hat der Vertrauensmann ein Verzeichnis mit Fabrikations- und Kleinverkaufspreisen aufzustellen, um die Enteignung vorzunehmen.

II. Verfahren bei der Enteignung von Schuhwaren. Die Verteilung der enteigneten Waren, soll, wenn es sich um kleinere Quantitäten handelt, durch die Vertrauensleute an deren Kleinhändler unmittelbar unter Berechnung eines Sonderzuschlages von 10 Proz. vorgenommen werden. Nur bei größeren Posten sollen Großhändler zur einstweiligen Aufbewahrung herangezogen werden, um diese Waren für feste Rechnung zu übernehmen und die Verteilung nach den Bestimmungen des Hauptverteilungsausschusses auszuführen. Der Vertrauensmann hat bei der Feststellung der Preise mitzuwirken, um jeden Verdacht auszuschließen, daß Großhändler bei Feststellung der Preise nicht völlig objektiv verfahren. Der von der Enteignung Betroffene soll bei der Feststellung der Preise zugegen sein. Die für Transport der beschlagnahmten Waren, Barauslagen, Reisekosten der Vertrauensleute entstehenden Unkosten usw. sind bei Auszahlung des Erlöses in Abzug zu bringen.

Was für ein Blödsinn verzapft wird, wenn es gilt, die Arbeiter lächerlich zu machen oder sie als unverschämte Gesellen zu bezeichnen, zeigt uns wieder eine Notiz, die an die Champagner trinkenden Maurer und die Arbeiter, die sich im Uebermut mit Fünfmarkscheinen die Zigarren anbrennen, die durch die Presse die Runde macht. Diesmal sind es die Wiener Kollegen und Lehrlinge, die glossiert werden. Die Notiz lautet:

„Wiener Schuhmachergehilfen. Das Wiener Schuhmachergewerbe hat schon während des Krieges nicht nur durch die Teuerung des Materials, sondern insbesondere durch den großen Verlust an Arbeitskräften empfindlich gelitten. Vor dem Kriege gab es in Wien zirka 20 000 Schuhmachergehilfen, von denen gut die Hälfte tschechischer Herkunft war. Jenen, die nach dem Kriege nach Wien in ihre altgewohnten Arbeitsstätten zurückkehren wollten, verweigerte die tschechoslowakische Regierung die Bewilligung hierzu. Infolgedessen hat sich die Zahl der Schuhmachergehilfen wesentlich vermindert, zumal viele, die deutschösterreichischer Abstammung sind, entweder in die Volkswehr eintraten oder aber es vorzogen, Arbeitslosenunterstützung zu empfangen. Die Gegenwärtig noch in den Schuhmacherwerkstätten arbeitenden Gehilfen werden unter solchen Umständen weit höher bezahlt werden als je. Gewöhnliche Arbeiter bekommen 220—230 Kr. Wochenlohn, Stepperinnen 170 Kr., Qualitätsarbeiter zwischen 300 und 350 Kr. Der Mindestlohn eines Schuhmachergehilfen in Wien beläuft sich also im Jahre auf mehr als 18 000 Kr. Nun sind die ersteren mit diesem Einkommen nicht zufrieden. Wie uns ein Mitglied der Genossenschaft, einer der ältesten und renommiertesten Schuhmachermeister in der inneren Stadt, mitteilt, begehrten die nichtqualifizierten Arbeiter 300 Kr. Wochenlohn — das wären also 15 600 Kr. jährlich — und erklärten, daß sie bei der Nichtbewilligung ihrer Forderungen noch vor den Pfingstfeiertagen in Streik treten würden. Der Meister machte einem seiner Gehilfen den Einwand, daß beispielsweise ein Oberlandesgerichtsrat, der 16 Jahre lang studiert und dann mehr als ebenso lange fleißig gearbeitet hat, ein wesentlich geringeres Einkommen habe. Worauf der Gehilfe antwortete: „Das geht mir gar nichts an; ob einer studiert hat oder nicht, ist heutzutage ganz gleichgültig."

Ein ähnliche Notiz betrifft die Lehrlinge genau so einfältig und übertrieben wie die vorstehende.

Mitteilungen.

Eßlingen. Wir machen die Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam, daß der in Nr. 22 des „Schuhm. Fachbl." vom 1. 6. 1919 abgedruckte „Tarifabschluß im Schoßgewerbe in Stuttgart" in allen seinen Punkten auch für Eßlingen Gültigkeit hat.

Rochlitz. Nachdem nun nach jahrelanger Arbeit auch unsere Zahlstelle an dem Aufwärtsstreben unseres Verbandes mit beigetragen hat, indem sich die in den Schuhfabriken Beschäftigten fast restlos dem Verband anschlossen, gilt es nun vor allem, die durch den Reichstarifvertrag errungenen Vorteile zu sichern und auszubauen. Dazu ist aber vor allem die Mitarbeit aller Kollegen und Kolleginnen notwendig. Nicht nur zahlende, sondern vor allen Dingen aufgeklärte Mitglieder unseres Verbandes zu werden, muß unsere nächste und wichtigste Aufgabe sein. Darum, Kollegen und Kolleginnen, besucht die Versammlungen, nehmt teil und helft mit an der Aufklärung über Zweck und Ziele unseres Verbandes. Unsere Gegner sind stetig am Werke, uns die mühsam errungenen Vorteile zu entreißen. „Fest zusammenstehen!" muß unsere Parole sein. Die am 27. Juni tagende Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der sie der Redaktion des Verbandsblattes ihr volles Vertrauen ausspricht und ersucht, fortzufahren, die Arbeiterschaft im Sinne und Geist der neuen Zeit aufzuklären.

Suhl. Endlich ist es auch hier gelungen, eine Zahlstelle des Zentral-Verbandes der Schuhmacher Deutschlands zu gründen, der sofort bis auf einen Kollegen sämtliche Gehilfen am Orte beitraten. Die erste Arbeit der Zahlstelle war, geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Zählten die Schuhmacher bisher zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern, so sind sie durch den Abschluß eines Tarif-Vertrages mit an erste Stelle gerückt. Vor dem Abschluß des Tarif-Vertrages wurden viele Kollegen, ob verheiratet oder nicht, mit 90 Pf. Stundenlohn abgespeist; jetzt haben folgende Stundenlöhne: für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr 1,50 Mk., im zweiten Gehilfenjahr bis zum vollendeten 20. Lebensjahr 1,70 Mk., von 20–25 Jahren (ausschließlich verheiratete) 1,80 Mk., über 25 Jahre und verheiratete 2,— Mk. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, müssen Ueberstunden gemacht werden, so sind sie bis zu 2 Stunden mit 25 Proz. und über 2 Stunden mit 50 Proz. Aufschlag zu bezahlen. Sämtliche Furnituren und Oertel sind vom Arbeitgeber zu stellen. Ferner dürfen nur organisierte Gehilfen beschäftigt werden. Der Erfolg, der unseren Kollegen beschieden war, ist somit ein recht befriedigender. Mögen die Kollegen nun aber auch zusammenhalten und treu zur Organisation stehen, um das Erreichte hochzuhalten und dafür zu sorgen, daß es den Arbeitgebern nicht gelingt, den Tarif wieder zu durchlöchern.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. v. B. Deutschlands (Ersatzkasse) zu Hamburg.

(Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.)

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Abrechnung vom 1. Quartal 1919.

Einnahmen:

Kassenbestand der Hauptkasse am 31. Dezember 1918	966,25 Mk.	
Kassenbestand in d. Zahlstellen am 31. Dezember 1918	25154,44 „	26120,69 Mk.
Zinsen		5566,57 „
Beitrittsgeld von 157 Mitglied. der A-Klasse		261,50 „
Beiträge der I. Klasse A	296,55 Mk.	
„ „ II. „ „	25493,35 „	
„ „ III. „ „	10481,20 „	
„ „ IV. „ „	16285,65 „	
„ „ V. „ „	3865,40 „	
„ „ VI. „ „	3551,50 „	[illegible] „
Ersatzleistungen Dritter:		
a) Wochenhilfe	1487,50 Mk.	
b) zurückgezahltes Krankengeld usw.	1127,70 „	2615,20 „
Beitrittsgeld von 62 Mitglied. der B-Klasse		97,25 „
Beiträge der I. Klasse B	16588,20 Mk.	
„ „ II. „ „	20628,15 „	37206,35 „
Sonstige Einnahmen		66,89 „
Zurückgezogene Kapitalien		7000,— „
Summa		138910,10 Mk.

Ausgaben:

Aerztliche Behandlung		20043,24 Mk.
Arzenei und sonstige Heilmittel		6864,75 „
Krankengeld I. Klasse A	110,90 Mk.	
„ II. „ „	18004,48 „	
„ III. „ „	8790,— „	
„ IV. „ „	5690,89 „	
„ V. „ „	1836,20 „	
„ VI. „ „	1102,34 „	[illegible] „
An die Angehörigen nach § 13 Absatz 1 der Satzung (Hausgeld)		346,85 „
Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten für Mitglieder der A-Klasse		2186,90 „
Sterbegelder II. Klasse A	880,— Mk.	
„ III. „ „	638,25 „	
„ IV. „ „	360,— „	
„ VI. „ „	200,— „	[illegible] „
Sterbegelder für 15 Frauen der A-Klasse		900,— Mk.
„ „ 1 Kind unter 1 Jahr		5,— „
„ „ 2 Kind von 1—15 Jahre		20,— „
Wochenhilfe		505,26 „
Krankengeld I. Klasse B	14650,41 Mk.	
„ II. „ „	18776,42 „	[illegible] Mk.
Sterbegeld I. „ „	1020,— Mk.	
„ II. „ „	770,— „	1790,— „
Sterbegeld für 14 Frauen der B-Klasse		840,— „
Sterbegeld für 2 Kinder unter 1 Jahr		10,— „
Sterbegeld für 2 Kinder von 1—15 Jahre		40,— „
Zurückgezahltes Eintrittsgeld und Beiträge		56,08 „
Verwaltungskosten a) persönliche		11761,21 „
„ b) sächliche		2193,10 „
Kapitalanlage		3000,— „
Kassenbestand der Hauptkasse am 31. März 1919	2608,31 Mk.	
Kassenbestand in d. Zahlstellen am 31. März 1919	32142,02 „	34810,33 Mk.
Summa		138910,10 Mk.

Abschluß:

Netto-Einnahmen	105789,41 Mk.
Netto-Ausgaben	101099,77 „
Mehr-Einnahme	4689,64 Mk.
Der Reservefonds betrug:	
a) Hypotheken	274500,— Mk.
b) Kriegsanleihen	49250,— „
c) Sparkassen	66584,14 „
Summa	390334,14 Mk.

Zahlstellen bestanden 206.

Mitglieder, Abteilung A.	5500
„ „ B.	5283
zusammen	10783

Revidiert und für richtig befunden:

Hamburg, den 30. Juni 1919.

L. Bettin. H. Rage. Aug. Uhde.

Hamburg, den 30. Juni 1919.

H. Ebel, Hauptkassierer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 14. Juli bis 19. Juli der 29. Wochenbeitrag fällig ist.

Den Zahlstellen Ehrenfriedersdorf, Forst i. L., Großenhain i. S., Mügeln i. S., Plauen, Weida und Coblenz wurde auf deren Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Der Zahlstelle Mainz wurde genehmigt, den bisherigen Lokalbeitrag in der 1. Klasse um 5 Pfg. (60 Pfg.) in der 2. und 3. Klasse um 10 Pfg. (90 Pfg. und 1.10 Mk.) vom 1. Juli ab zu erhöhen.

Der Zahlstelle Friedeberg in N. M. wurde genehmigt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern der 2. und 3. Klasse einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. zu erheben.

Den Zahlstellen Regensburg und Zwönitz wurde genehmigt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Den Zahlstellen Forst i. L., Frickenhausen i. Wttbg., Güstrow i. Mltg., Gotha, Heidelberg, Mügeln i. S., Stollberg i. Erzgb., Weida und Wiesloch i. B. wurde auf Antrag die Genehmigung erteilt, vom 1. Juli ab von den Mitgliedern einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Den Zahlstellen Pforzheim und Ponix wurde genehmigt, den Lokalbeitrag vom 1. Juli und der Zahlstelle Pirna vom 1. August ab von 5 Pf. auf 10 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Der Zahlstelle Augsburg wurde genehmigt, ab 1. August den Lokalbeitrag von 10 Pfg. auf 15 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Der Zahlstelle Eisenberg wurde genehmigt ab 1. Juli den Lokalbeitrag von 10 Pfg. auf 20 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Der Zahlstelle Nowawes wurde genehmigt, ab 1. August den Lokalbeitrag von 5 Pfg. auf 15 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erhöhen.

Den Zahlstellen Ansbach, Frankenberg i. S., Regensburg, Wilkau i. S., Wismar und Zwönitz i. S. wurde genehmigt, vom 1. Juli ab von den Mitglieder einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro Woche und Mitglied zu erheben.

Die Mitglieder genannter Zahlstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Extrasteuer die Folgen des § 9 al. a nach sich zieht.

Nürnberg, den 10. Juli 1919.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Bremen. Heinr. Westermann, Falkenbergerstr. 69, 1. Bev.; Paul Hochheim, Calwinstr. 13, 2. Bev.; W. Ammann, Prinzenstraße 97, 3. Bev.; Rodermund und Meyer, Revisoren.

Eßlingen. Chr. Weißinger, Weberstr. 1, 1. Bev.; Robert Espert, Moltkestr. 47, 2. Bev.; Otto Hügein, 3. Bev.; Karl Hild und Anselm Sickinger, Revisoren. — Unterstützungen zahlt der 2. Bev. von 6—8 Uhr bei Schlegel, „Zur neuen Welt", aus.

Meßkirch. Joseph Hock, 1. Bev.; Jakob Zenter, 2. Bev.; Willibald Stehle Schriftf.; Wilhelm Baigis und Karl Schlude, Revisoren. — Unterstützung zahlt der 2. Bev. Jakob Zenter bei Mechaniker Müller mittags von 12—1 Uhr und abends von 5—6 Uhr aus. Die Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Freitag im Monat im Vereinslokal „zur Traube" statt.

Preetz. Joseph Levinski, Schellhornerstr. 54, 1. Bev.; Heim Steffens, Lindenstr. 11, 2. Bev. Alle Zahlungen sind an den 1. Bev. zu senden.

Suhl. Hugo Uhlmann, Scharnhorststr. 2, 1. Bev.; Daueiß, Schmückestr., 2. Bev.; Ernst Heß, Jubiläumsstr. 3, Bev.; Anselm Heinemann und Kurt Barth als Revisoren. Unterstützungen zahlt der 2. Bev. in der Zeit von 6—8 Uhr abends aus. — Mitglieder-Versammlungen finden alle 14 Tage am Montag, abends 6 Uhr, im Restaurant „Wolfsgrube" statt.

Versammlungs-Kalender.

Bremen. Montag, den 4. August, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Gera. Montag, den 28. Juli, im Lokal von Michel, Greizerstraße.

Hagen i. W. Montag, den 21. Juli, abends 8 Uhr, Lokal Arnold, Ecke Elberfelder- und Bergstr. öffentliche Versammlung.

Konstanz. Montag, den 21. Juli, abends ½8 Uhr, Gasthof Helvetia, Bodanplatz.

Lübeck. Dienstag, den 22. Juli, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50—52.

Schneeberg. Montag, den 28. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant Daheim, Bahnhofstraße.

Straubing. Montag, den 21. Juli, abends 8½ Uhr Versammlung.

Inhalts-Verzeichnis.

Zum 10. Gewerkschaftskongreß. — Das „politische Maßmaß" der Arbeiterschaft. — Kriegsteuerung in neutralen Ländern. — 1. Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Auch unseren Berufsgenossen. Mitteilungen. — Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher u. v. B. (Abrechnung vom 1. Quartal 1919). — Verbandsnachrichten. — Versammlungskalender.

Tüchtiger Zuschneider für Segeltuch und Stoff, sowie **tüchtige Stepperinnen**

für bessere Lederschuhe sofort oder später gesucht. Wegen Wohnungsnot kommen nur unverheiratete in Frage.

Anton Müller, Gera (Reuß), Weidaer Straße 11.

Oesen u. Agraffen-Maschinen

in la. Ausführung, für Schuhmacher bestens geeignet

sofort ab Lager lieferbar

PREISE:

Maschine . . . . . Mk. 6.—
je eine Garnitur Stempel u. Matritzen für kleine, mittl. u. gr. Oesen à M. 1.50 „ 4.50
je eine Garnitur Stempel u. Matritzen für kleine u. gr. Agraffen à M. 4.50 „ 13.—
Preis der kompl. Maschine M. 23.50

Ferdinand Hartmann, Frankfurt a. M. Kaiserstr. 46.

Oberlederkanten-Schärfapparat
(D. R. G. M.)

für Schäftemacher und Schuhmacher. Beseitigt das langweilige und mühselige Schärfen des Oberleders besonders schnell und leicht bei Rindleder, auch zum Schärfen der Kanten beim Afterleder und der Steifkappen. Durch die Vorrichtung kann nicht mehr Leder abgeschärft werden als nötig ist. Mit Gebrauchsanweisung 2.90 Mk. per Nachnahme.

Schuhbedarfsartikel-Handlung Nürnberg, Innere Laufergasse 18.

Perfekte Stepperin und Vorrichterin gesucht,

welche im Stande, selbst erstklassigen Schaft zu arbeiten und Anfängerinnen anzulernen. Selbige würde evtl. für den Posten einer Direktrice in Frage kommen.

Alb. Fritsche, Schuhfabrik, Halle a. S.

Krätze entsetzl. Vetthautjucken geh. in 2 Tagen ohne Berufsstörung 200 000 f. bew. Mon. u. 100 Heilb. Mäß. Preise. Personenzahl angeben. Syroedt, Bochum 593, Postfach 199.

Tüchtig. Schäftemacher, 1 Stepper u. Vorrichter

auf dauernde Stellung bei hohem Lohn gesucht.

Schuhmacher-Rohstoff-Verein, Hildesheim e. G. m. b. H.

2 tüchtige Schuhmacher und eine Schaftstepperin

auf feine Maßpaare bei hohem Lohn sofort gesucht

Geißler & Schuricht, Schäftefabrik u. Schuhgeschäft, Bleicherode a. Harz.

Tüchtige Zwicker

gesucht

Gebr. Dreifuß, Hausschuhfabrik, Köln, Friedrichstraße 5/7.

Schuhmacher für Aufrichten von Sohlen und Flecken und ein selbständiger Maßarbeiter für dauernd gesucht. — Junger Schuhmacher wird an Maschine angelernt. Lohn 25 Proz. auf seitherigen Tarif (bis 90 Mk. pro Woche).

Fr. Enders, Gotha, mech. Schuhmacherei m. Kraftbetr.

„Spirala" der ideale Ersatzreifen

Mk. 8.50; fein verz. Mk. 10.50. Beste Qualität je Mk. 1.50 mehr. Bester Beweis für die Güte: 200 tausend Stück verkauft

Fr. Müller, Stuttgart 657, Rotestraße 28.

Hautjucken! Bartflechte

Krätze, Flechten, Ausschlag werden schnellstens und sicher geheilt durch

Pharmol-Salbe

Seit vielen Jahren ausgezeichnet bewährt. Preis 1 Tube Mk. 6.—, 2 Tuben (für 2 Personen) Mk. 11.— gegen Nachnahme durch

Concordia-Apotheke, Velten b. Berlin.

Hardstanzmesser

Größe I 8,00 Mk. — II 7,50 Mk. — III 6,50

Fernruf 590 Amt Ohligs.

Theo Breuer, Merscheid b. Solingen

Die Arterienverkalkung nach Lähmungen, Schlaganfall. Wesen, Verhütung und Behandlung von Dr. Luda. Wertvolle Ratschläge und die Mittel zur Verhütung. Preis nur Mk. 1.80 per Nachnahme.

Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Südende 1.

Die Fußbekleidungskunst, Fachbuch 1. Ranges mit Abbildungen Mk. 14. moderne Lederfabrikation 8.70. Der Gerber 12. Herstellung lohgaren Leders 8. Die Oberlederfabrikation 12. Das Färben lohgaren Leders 8.70. Der Handel als Kaufmann 7.25. Lohnberechner 2. Rechenhelfer 1. per Nachnahme. **L. Schwarz & Ko., Verlag, Berlin, Dresdnerstr. 80.**

Ia Militär-Kernecken sehr schöne Ware Ktr. Mk., Sort. II 250,— Mk., Riemenlederabfälle für Kappen und Keder, Ktr. 300,— Mk., Riesterleder von Schuhen und Borkalf, nutzbare Stücke, Ktr. 180,— Mk. Proben von 30 Pfd. an per Nachnahme.

H. Hoffmann, Friedenau, Körnerstr. 6.

Neuer Katalog (ca. 170 Abbildungen) über Schuhmacher-Werkzeuge soeben erschienen. — Versand gratis und franko. —

E. Vögtle, Berlin, Lothringerstraße 53.

Lederabfälle alte und neue, für Zwischenfleck, Pfund Mk. 1.— von 1 Ctr. an franko. Nur solange Vorrat reicht!

N. Korn, Braunschweig, Bohlweg 61.

Nachruf!

Am 30. Juni verschied nach kurzem Krankenlager unsere Kollegin

Lina Urban

im 55. Lebensjahre stehend.

Ein „Ruhe sanft" ruft ihr nach

Zahlstelle Greiz.

Verantwortlicher Redakteur: W. Bock. Druck und Verlag von W. Bock & Ko. in Gotha.